

## Das Gipfeltreffen von Den Haag

**Quelle:** DANESCU, Elena Rodica."Das Gipfeltreffen von Den Haag", in Neubewertung des Werner-Berichts vom 8. Oktober 1970 im Zuge der Öffnung der Pierre Werner-Familienarchive. Sanem: CVCE, 2012.  
Einsehbar unter: [www.cvce.eu](http://www.cvce.eu).

**Urheberrecht:** (c) CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/das\\_gipfeltreffen\\_von\\_den\\_haag-de-fe5ed979-1c4e-4eea-a640-98c358651fd0.html](http://www.cvce.eu/obj/das_gipfeltreffen_von_den_haag-de-fe5ed979-1c4e-4eea-a640-98c358651fd0.html)

**Publication date:** 07/07/2016



## Das Gipfeltreffen von Den Haag<sup>1</sup>

Das Gipfeltreffen von Den Haag findet am 1. und 2. Dezember 1969 – und damit in einer entscheidenden Phase des europäischen Aufbauwerks – im Zeichen der Dreierstrategie „Vollendung, Erweiterung, Vertiefung“ statt.

Vollendung (des Gemeinsamen Marktes) bezieht sich hier auf die Beilegung der Streitigkeiten um die Gemeinsame Agrarpolitik.<sup>2</sup> Es wird nämlich ein Kompromiss gefunden, der zum einen die von Frankreich geforderte Festlegung von Finanzregelungen für die Agrarpolitik vorsieht, und mit dem zum anderen die Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments erweitert werden, wie es die anderen Beteiligten und insbesondere Italien verlangt hatten. Die Sechs einigen sich zudem grundsätzlich auf Finanzregelungen für eigene Mittel der Gemeinschaft.<sup>3</sup>

In dem als Vertiefung der Gemeinschaft benannten Strategiebereich treten zwei Aspekte besonders hervor: die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit<sup>4</sup> und die politische Zusammenarbeit<sup>5</sup>.

Der erste Aspekt legt die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion nahe, dessen erste Konturen sich in einem (Stufen-)Plan abzeichnen könnten, der, wie vom Rat in enger Zusammenarbeit mit der Kommission vorgeschlagen, im Verlauf des Jahres 1970 ausgearbeitet werden soll. Grundlage hierfür soll der erste Barre-Plan sein, den der Vizepräsident der Europäischen Kommission am 12. Februar 1969 vorgelegt hatte.<sup>6</sup> In der Frage einer Wirtschafts- und Währungsunion zeigt dieses Memorandum Wege zur Vorbereitung gemeinschaftlicher Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaftspolitik und Währungsbeistand auf. So werden darin die mittelfristige Abstimmung der Wirtschaftspolitik, die Koordinierung der Konjunkturpolitik und die Schaffung eines gemeinschaftlichen Mechanismus für die Gewährung eines automatischen Währungsbeistands angeregt. Dabei stellt sich die Frage, warum die wirtschaftliche und währungspolitische Integration so sehr im Mittelpunkt des Gipfeltreffens von Den Haag steht. Gründe hierfür lassen sich mehrere anführen<sup>7</sup>, so zunächst einmal die Vollendung des Gemeinsamen Marktes, der nach einer 12-jährigen Übergangszeit am 1. Januar 1970 in die Schlussphase eintreten soll. Dieser Erfolg und insbesondere die damit verbundene positive Dynamik sollen erhalten bleiben und verstärkt werden, da deutlich zutage tritt, dass die Zollunion durch die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion ergänzt werden muss.<sup>8</sup> Ein weiterer Grund sind die 1969 eingetretenen Währungsturbulenzen, die eine währungspolitische Zusammenarbeit einerseits unerlässlich und andererseits nahezu unmöglich erscheinen lassen.<sup>9</sup> Zur Krise um das Pfund Sterling gesellt sich die Krise um den französischen Franc, der infolge der Ereignisse im Mai und Juni 1968 nach zehnjähriger Stabilität geschwächt ist. Seine Abwertung (um 11,2 %), auf die die Aufwertung der Deutschen Mark (um 9,29 %) folgt, sorgt für Beunruhigung. Diese Währungsanpassungen wirken sich auf die Gemeinsame Agrarpolitik aus, die auf einheitlichen, in Rechnungseinheiten ausgedrückten Preisen beruht und Währungsstabilität voraussetzt. Weitere Währungsturbulenzen und eine neue Instabilität der Wechselkurse bringen das Gleichgewicht des Gemeinsamen Marktes in Gefahr und könnten zur Auflösung der Zollunion führen sowie das Ende der Gemeinsamen Agrarpolitik bedeuten. Und schließlich nimmt angesichts der weltweiten Bedeutung des amerikanischen Dollars und seiner zentralen Funktion im Bretton-Woods-System die Idee, die Außenpersönlichkeit der Gemeinschaft zur Geltung zu bringen, immer klarere Gestalt an. Die Mitgliedstaaten ziehen in Erwägung, sich eine „europäische Währungseinrichtung in den internationalen Beziehungen“<sup>10</sup> zu geben.

Der zweite Aspekt zielt auf die Festlegung realistischer Ziele in Bezug auf die politische Einigung ab. So wird ein Ausschuss gebildet, der sich aus den politischen Direktoren der sechs Außenministerien zusammensetzt und unter dem Vorsitz des Belgiers Étienne Davignon Vorschläge zu außenpolitischen Themen unterbreiten soll. Die Diplomaten arbeiten daran, die Standpunkte der Mitgliedstaaten anzugleichen und, soweit möglich, gemeinsame Positionen zu entwickeln. Ihre sehr umsichtigen Vorschläge werden durch die Empfindlichkeiten Frankreichs aufgeweicht, das im Gegensatz zu seinen fünf Partnern die zwischenstaatliche Methode bevorzugt. Im Bericht Davignon (am 27. Oktober 1970 vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften angenommen) wird die Einrichtung eines politischen Informations- und Konsultationsmechanismus in Form von halbjährlichen Treffen der Außenminister (von denen das erste am 19. November 1970 stattfindet) und vierteljährlichen Treffen der politischen Direktoren angeregt. In jedem Ministerium wird ein Europa-Verantwortlicher benannt, der für einen besseren Informationsaustausch zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten sorgen soll. Für die politische Zusammenarbeit wird somit ein Vorgehen außerhalb des Gemeinschaftsrahmens ins Auge gefasst. Damit für die politische Union ein demokratisches Fundament gegeben ist, sollen die Minister und der Politische Ausschuss des Europäischen Parlaments alle sechs Monate zu einem informellen Kolloquium zusammentreten. Einmal im Jahr übermittelt dementsprechend der Ratsvorsitz der Gemeinschaften dem Europäischen Parlament eine Mitteilung über den Stand der politischen Zusammenarbeit. Die Kommission wiederum kann zu verschiedenen Themen konsultiert werden.<sup>11</sup> Darüber hinaus ist eine spezielle Institution für die politische Zusammenarbeit geplant. Es handelt sich um das (in Brüssel angesiedelte) politische Sekretariat, dem ein Initiativrecht eingeräumt wird und das an der Ausarbeitung allgemeiner Leitlinien mitwirken soll. Diese Bemühungen sind aufgrund der Weigerung Frankreichs, den zwischenstaatlichen Rahmen zu verlassen, zum Scheitern verurteilt.<sup>12</sup>

Die Mitgliedstaaten vereinbaren die Erweiterung der Gemeinschaft durch den Beitritt der vier Bewerberländer Dänemark, Vereinigtes Königreich, Irland und Norwegen. Grundlage hierfür ist die Erfüllung verbindlicher Beitrittsvoraussetzungen, denn die Bewerberländer müssen die Verträge und ihre politischen Zielsetzungen, die nach dem Inkrafttreten der Verträge angenommenen Beschlüsse und die in Bezug auf die weitere Entwicklung eingeleiteten Verhandlungen anerkennen.<sup>13</sup> Nach dem Gipfeltreffen von Den Haag vereinbaren die Sechs einen Übergangszeitraum (von fünf Jahren), innerhalb dessen die Bewerber den gemeinschaftlichen Besitzstand schrittweise in allen Bereichen übernehmen müssen (mit der Möglichkeit von Abweichungen bei größeren Problemen). Es wird ein Zeitplan mit den Daten für die Umsetzung der Anpassungsmaßnahmen aufgestellt (etappenweiser Abbau der Zölle, schrittweise Übernahme der Gemeinsamen Agrarpreise usw.). Noch zu konkretisieren bleibt der Platz, der den neuen Mitgliedern in den Gemeinschaftsorganen eingeräumt werden soll.

Die Verflechtung von Vertiefung und Erweiterung wird folgendermaßen offenbar: Vor einer Erweiterung der Gemeinschaft muss zunächst die Integration vorangetrieben werden, um das Regieren zu erleichtern. Die Kommission strebt eine weiterreichende Vertiefung an und plant die Erweiterung der Befugnisse und die Stärkung der Gemeinschaftsorgane. Aber „die Fünf halten momentan nichts davon, die Bereiche der Zusammenarbeit auszuweiten, um den Beitritt des Vereinigten Königreichs nicht zusätzlich zu erschweren“<sup>14</sup>.

Die Wiederbelebung des europäischen Aufbauwerks Ende 1969 wird unzweifelhaft durch zwei neue Führungspersönlichkeiten geprägt, die fast zeitgleich an die Macht kommen: Georges Pompidou in Frankreich<sup>15</sup> und Willy Brandt in Deutschland<sup>16</sup>.

Der dem Vereinigten Königreich sowie Finanz- und Industriekreisen nahestehende Georges Pompidou mit seiner wesentlich flexibleren atlantischen Orientierung als sein Vorgänger möchte Frankreich endgültig aus seiner diplomatischen Isolation innerhalb der Gemeinschaft führen<sup>17</sup> und gibt dem europäischen Aufbauwerk damit neuen Schwung. „Auch wenn die Verteidigung der nationalen Interessen Frankreichs für ihn Priorität hatte, erwies er sich als aufrichtiger Europäer“<sup>18</sup>. Um seine Wahlversprechen einzulösen und den ernsthaften Dialog mit seinen europäischen Partnern wiederaufzunehmen, schlägt Georges Pompidou ein Gipfeltreffen der Staatschefs des Europa der Sechs vor, auf dem die Dreierstrategie „Vollendung, Vertiefung und Erweiterung“ erörtert werden soll. Dieses Gipfeltreffen findet am 1. und 2. Dezember 1969 auf Einladung der niederländischen Regierung statt, die zu diesem Zeitpunkt den amtierenden Ratspräsidenten stellt. Aus der Sicht Frankreichs bedeutet „Vollendung“ die Notwendigkeit, eine stabile Finanzregelung zur dauerhaften Sicherung der Gemeinsamen Agrarpolitik festzulegen. „Erweiterung“ – und insbesondere die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich<sup>19</sup> – schafft nach Ansicht des französischen Präsidenten nicht nur ein beachtliches wirtschaftliches und politisches Gegengewicht gegenüber Deutschland, sondern schützt Europa auch vor föderalistischen Bestrebungen, denen die Briten seit jeher ablehnend gegenüberstehen, und bekräftigt die politische Berufung Europas. Diese Initiative Frankreichs stößt zunächst auf Skepsis bei den übrigen Mitgliedstaaten – insbesondere den Regierungen Belgiens, der Niederlande und Italiens – sowie auch bei der Kommission und dem Parlament. Es wird vermutet, Frankreich wolle die Erweiterung durch Schaffung zusätzlicher Vorbedingungen hinauszögern. Die Tatsache, dass es sich bei der Versammlung um ein „Gipfeltreffen“ handeln soll, schürt durch die „gaullistische“ Konnotation zudem den Argwohn, es handle sich um den Versuch, die Gemeinschaftsorgane einer zwischenstaatlichen Einrichtung unterzuordnen. Die Kommission ist nicht für die Abhaltung eines Gipfeltreffens, doch nachdem der Rat dem grundsätzlich zugestimmt hat (mit einem Beschluss vom 22. Juli 1969), erklärt sie, teilnehmen und sich an den Vorbereitungsarbeiten beteiligen zu wollen<sup>20</sup>.

Willy Brandt, frisch ins Amt des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland gewählt, strebt eine aktive Diplomatie an, und eine beispielhafte Zusammenarbeit mit Frankreich ist wesentlicher Bestandteil seiner Außenpolitik, zumal der Amtsantritt von Pompidou als französischer Präsident diese Entwicklung zu begünstigen scheint. Diese Umstände „bestärkten Brandt in seiner Überzeugung, dass die deutsch-französische Verständigung die entscheidende Grundlage für die weitere Entwicklung der Gemeinschaft ist. In einem Schreiben vom 27. November 1969 erläutert Brandt gegenüber Pompidou die Ziele, die er mit Blick auf die bevorstehende Konferenz für vorrangig und realisierbar hält [...]: Die grundsätzliche Einigung über die endgültige Regelung der Finanzierung der Agrarpolitik, ein gemeinsamer Beschluss zu den Verhandlungen über den Beitritt des Vereinigten Königreichs und die Einrichtung eines ‚Europäischen Reservefonds‘“<sup>21</sup>. Nach Ansicht des Bundeskanzlers ist dieser Fonds von ausschlaggebender Bedeutung für die Stabilität und die Solidarität innerhalb der Gemeinschaft und die Einführung einer wirklichen Währungsdimension eine Möglichkeit zur Vertiefung des gemeinschaftlichen Integrationsprozesses. Der Wirtschaftsminister Deutschlands sieht das ganz anders und teilt die Begeisterung des Bundeskanzlers nicht. Das Motiv für diese persönliche Initiative liegt darin, dass „Brandt ein überzeugter europäischer Föderalist war und ebenso wie der Belgier Gaston Eyskens und der Luxemburger Pierre Werner der Wirtschafts- und Währungsunion wohlgesonnen war. Er gehörte dem von Jean Monnet gegründeten Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa an, den er im Vorfeld der Vorbereitung des Gipfeltreffens von Den Haag zu Rate

gezogen hatte, und Jean Monnet wiederum hatte sich an Triffin gewandt, der den Vorschlag für einen Europäischen Währungsfonds ausarbeitete<sup>22</sup>.

Einige Historiker vertreten die Auffassung, dass diese Idee ursprünglich von Jean Monnet stammte und Willy Brandt sie sich zu eigen gemacht habe.<sup>23</sup> „Am 31. Oktober 1969 ließ Monnet dem gerade erst ins Amt eingeführten Bundeskanzler ein detailliertes Memorandum zu den Vorteilen und der Funktionsweise des europäischen Fonds zukommen. Eine Woche später, am 7. November, führten Brandt und Monnet ein ausführliches Gespräch in Bonn, in dessen Verlauf Monnet die Bedenken zu zerstreuen versuchte, die sein Gesprächspartner im Hinblick auf die Reaktion deutscher Experten, die Auswirkungen des Projekts auf den Beitrittsprozess des Vereinigten Königreichs und auch auf die voraussichtliche Haltung der Vereinigten Staaten hegten. In einer handschriftlichen Notiz vom 9. November fasste Brandt die Aufgaben und Ziele des Europäischen Fonds sowie die Kontroversen, die dieser zweifelsohne auslösen dürfte, zusammen ...“<sup>24</sup>.

In dem Programm, das er auf dem Gipfeltreffen von Den Haag vorstellt, betont Willy Brandt den „letztendlichen politischen Zweck“ der europäischen Integrationsbemühungen und unterstreicht, dass in einer ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion „eine wirksame Koordinierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitik“ erfolgen müsse, der später eine gemeinsame Wirtschaftspolitik im Sinne „einer weltoffenen Stabilitätsgemeinschaft“ folgen könnte.

Vor der Eröffnung des Gipfeltreffens von Den Haag legt Pierre Werner, der dem Währungsaspekt bei der europäischen Integration besondere Bedeutung beimisst, die offizielle Position Luxemburgs dar.<sup>25</sup> Fortschritte sollten bei der Vollendung der Gemeinschaften, ihrer geografischen Erweiterung und ihrer sachlichen und institutionellen Verstärkung erzielt werden. Im Mittelpunkt dieser Erklärung und der luxemburgischen Sichtweise steht allerdings die währungspolitische Zusammenarbeit. „Die Verwirklichung der Bedingungen für eine Wirtschaftsunion setzt eine gleichgeschaltete Entwicklung der Wirtschaftsplanung und der Abstimmung der Konjunkturpolitik voraus. Die Verwirklichung dieser Ziele wird häufig als Voraussetzung für die währungspolitische Integration angesehen. [...] [Es besteht] eine große Wahrscheinlichkeit dafür [...], dass es niemals eine abgestimmte Konjunkturpolitik geben wird, wenn immer wieder eine gewisse Währungsdisziplin auf Gemeinschaftsebene abgelehnt wird. [...] Die Wirtschafts- und Währungsunion, mit der keinesfalls sämtliche Modalitäten einer zuvor festgelegten Politik vereinheitlicht und geregelt werden sollen, sollte sich im Wesentlichen auf die Akzeptanz wesentlicher Formen der Disziplin stützen, die die Berücksichtigung der gemeinsamen Interessen aller Partner gewährleistet.“

Nach Ansicht von Pierre Werner lassen sich entscheidende Fortschritte auf dem Weg zu einer Währungsunion erreichen, auch ohne die nationale Souveränität der Länder der Gemeinschaft anzutasten, da „die Geschichte der Konföderationen und Föderationen zur Genüge gezeigt hat, dass die letzte Bastion nationaler Souveränität nicht das Geld, sondern die Steuern sind, über die das Nationaleinkommen verteilt wird“<sup>26</sup>. Bis zur Erreichung des Ziels einer europäischen Reservewährung sollten die annähernd festen Wechselkurse zwischen den europäischen Währungen beibehalten werden. Etwaige Anpassungen sollten nur nach einem gemeinschaftlichen Genehmigungsverfahren und nach obligatorischen vorherigen Konsultationen möglich sein. Gleichzeitig „sollte die im Vertrag niedergelegte Europäische Rechnungseinheit bei allen Geschäften zwischen den Sechs als gemeinsamer Wertmesser verwendet werden“<sup>27</sup>. Pierre Werner geht noch weiter und schlägt eine abgestimmte

gemeinschaftliche Position auf internationaler Ebene vor. So regt er die Einführung eines Europäischen Währungsfonds zur Abwicklung gegenseitiger Unterstützungsmaßnahmen und von Kreditzahlungen für Drittländer an. Eine gemeinsame Position und eine gemeinsame Verwaltung von Sonderziehungsrechten im Internationalen Währungsfonds werden ebenso vorgeschlagen wie die Zusammenlegung von Quoten im Internationalen Währungsfonds. Zehn Jahre erscheinen dem luxemburgischen Regierungschef zwar als eine lange Frist für die Erreichung dieser Ziele, aber noch ist es für die Festlegung eines greifbareren Zeitraums zu früh. „Wie dem auch sei: die luxemburgische Delegation würde es begrüßen, wenn in unser Kommuniqué der Hinweis aufgenommen würde, dass wir gewillt sind, eine Währungsunion innerhalb eines bestimmten Zeitraums durch die schrittweise Schaffung geeigneter Übereinkünfte, Mechanismen oder Organe zu verwirklichen, wobei die Abstimmung der Wirtschaftspolitik, die sie fördern sollen, als Grundlage dient.“<sup>28</sup>

Präsident Pompidou, der der Supranationalität ablehnend gegenübersteht, hegt die Vorstellung, dass sich das Gipfeltreffen von Den Haag ausschließlich auf zwischenstaatlicher Ebene vollzieht und die Gemeinschaftsorgane außen vor bleiben. Von dieser Vorstellung muss er Abschied nehmen, denn am 2. Dezember, dem zweiten Tag des Gipfeltreffens, wird die Kommission zu den Gesprächen hinzu gebeten.<sup>29</sup> Am Ende des Gipfels akzeptiert Paris, dass die Kommission die Sechs bei den Beitrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich vertritt. Auch stellt die Einführung von eigenen Mitteln der EWG einen Fortschritt auf dem Weg zum Supranationalismus dar. Doch der Erfolg der Kommission auf diesem Gipfeltreffen war nicht von Bestand, denn sie wird durch die 1974 fest etablierte zwischenstaatliche Methode wieder an den Rand gedrängt.

Die Bilanz des Gipfeltreffens von Den Haag, das neue Perspektiven für den europäischen Einigungsprozess eröffnet und der gemeinschaftlichen Eigendynamik neuen Schwung verleiht, fällt positiv aus. Am Ende des Gipfeltreffens allerdings warnt Raymond Barre vor den Hindernissen auf dem bevorstehenden Weg und betont, dass die verstärkte politische Willensbekundung zwar erfreulich sei, man sich aber vor Illusionen hüten und genau überlegen sollte, was der allmähliche Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion wirklich bedeute<sup>30</sup>.

Zur Sondierung der Möglichkeiten von Fortschritten auf dem Weg zu einer schrittweisen Wirtschafts- und Währungsunion wird ein aus Sachverständigen bestehender Ad-hoc-Ausschuss gebildet, zu dessen Vorsitzenden auf Wunsch des EG-Rates Pierre Werner ernannt wird. Die Überlegungen dieser Arbeitsgruppe sind im Werner-Bericht niedergelegt.

---

<sup>1</sup> Vorbehaltlich anders lautender Angaben ist die Quelle aller in dieser Studie zitierten Dokumente:

[www.cvce.eu](http://www.cvce.eu).

<sup>2</sup> Siehe Ziffern 5 bis 7 des *Schlusskommuniqués des Gipfeltreffens*:

\*5. „Hinsichtlich der Vollendung der Gemeinschaften haben die Staats- bzw. Regierungschefs den Willen ihrer Regierungen bekräftigt, von der Übergangszeit in die Endphase der Europäischen Gemeinschaft einzutreten und Ende 1969 die endgültigen Finanzregelungen der gemeinsamen Agrarpolitik festzulegen.

Sie vereinbarten, im Rahmen dieser Finanzregelungen unter Berücksichtigung aller gegebenen Interessen die Beiträge der Mitgliedstaaten im Verfahren des Artikels 201 des EWG-Vertrags schrittweise durch eigene Einnahmen zu ersetzen mit dem Ziel, fristgerecht zu einer vollständigen Finanzierung der Haushalte der Gemeinschaften zu gelangen; desgleichen kamen sie überein, die Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments zu verstärken.

Die Frage der direkten Wahl wird weiter vom Ministerrat geprüft“.

\*6. „Sie forderten die Regierungen auf, im Rat die bereits unternommenen Anstrengungen für eine bessere Beherrschung des Markts durch eine Reform der Agrarpolitik mit dem Ziel einer Beschränkung der Haushaltslasten zügig fortzusetzen“.



---

\*7. „Die Annahme einer Finanzregelung für die Endphase schließt ihre einstimmig vorzunehmende Anpassung insbesondere an eine erweiterte Gemeinschaft nicht aus, wobei jedoch die Grundsätze dieser Regelung nicht verfälscht werden dürfen“.

In: *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften*, Nr. 1/1970, S. 12-17. (Dokument eingesehen am 10. Oktober 2012.)

<sup>3</sup> Der am 21. April 1970 unterzeichnete (und ab 1. Januar 1971 geltende) Vertrag sieht die schrittweise Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel im Laufe der 1970er Jahre vor, einschließlich der Agrarabschöpfungen, der Zölle auf in die Gemeinschaft eingeführte Waren und eines auf 1 % begrenzten Teils der MwSt.-Einnahmen. Erst seit dem 1. Januar 1978 verfügen die Gemeinschaften nach einer siebenjährigen Übergangsperiode über eigene Mittel. Siehe: [\*Beschluss des Rates vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften\*](#). In: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. EG)* vom 28.4.1970, Nr. L 94. (Dokument eingesehen am 10. Oktober 2012.)

<sup>4</sup> Siehe Ziffer 8 des Schlusskommunikés des Gipfeltreffens: „[Die Staats- und Regierungschefs und die Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften] bekräftigen ihren Willen, den für die Stärkung der Gemeinschaft und für ihre Entwicklung zur Wirtschaftsunion erforderlichen weiteren Ausbau beschleunigt voranzutreiben. Sie sind der Auffassung, dass der Prozess der Integration zu einer Gemeinschaft der Stabilität und des Wachstums führen muss. Zu diesem Zweck sind sie übereingekommen, dass im Rat, ausgehend vom Memorandum der Kommission vom 12. Februar 1969 und in enger Zusammenarbeit mit dieser, im Laufe des Jahres 1970 ein Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgearbeitet wird. Die Entwicklung der Zusammenarbeit in Währungsfragen sollte sich auf die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik stützen.

Sie sind übereingekommen, die Möglichkeit einer Errichtung eines europäischen Reservefonds prüfen zu lassen, zu dem eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik hinführen müsste.“ *Ebenda*, *Bulletin* Nr. 1/1970, S. 12-17.

<sup>5</sup> Siehe Ziffer 15 des Schlusskommunikés des Gipfeltreffens: „[Die Staats- und Regierungschefs und die Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften] beauftragten die Außenminister mit der Prüfung der Frage, wie, in der Perspektive der Erweiterung, am besten Fortschritte auf dem Gebiet der politischen Einigung erzielt werden können. Die Minister werden dazu vor Ende Juli 1970 Vorschläge machen“.

*Ebenda*, *Bulletin* Nr. 1/1970.

<sup>6</sup> Einzelheiten siehe 1.3.1 „Der erste und der zweite Barre-Plan“.

<sup>7</sup> Siehe MAES, Ivo. *Projets d'intégration monétaire à la Commission européenne*. In: BUSSIERE, Éric; DUMOULIN, Michel (Hg.). *Milieus économiques et intégration européenne en Europe occidentale au XX<sup>e</sup> siècle*. Arras: Artois Presses Université, 1998. S. 35-50.

<sup>8</sup> [\*Aide-Mémoire der Europäischen Kommission für die Konferenz der Staats- und Regierungschefs \(19. November 1969\)\*](#). *Ebenda*. *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften*, Nr. 1/1970, S. 17. (Dokument eingesehen am 10. Oktober 2012.)

<sup>9</sup> Siehe MAGNUSSON, Lars; STRATH, Bo (Hg.). *From the Werner Plan to the EMU. In search of a Political Economy for Europe*. Brüssel: PIE-Peter Lang, 2001.

<sup>10</sup> Diese Idee liegt den Franzosen und insbesondere Präsident Georges Pompidou sehr am Herzen, die für die Schaffung einer „europäischen Währungseinrichtung“ sind [...], sofern diese auch verlassen werden kann. Siehe: BOSSUAT, Gérard. *Jean Monnet et l'identité monétaire européenne*. In: BOSSUAT, Gérard und WILKENS, Andreas (Hg.). *Jean Monnet, l'Europe et les chemins de la paix*. Paris: Publications de la Sorbonne, 1999, S. 380; MAES, Ivo, *Ebenda*, S. 43; BLOOMFIELD, A. *The Historical Setting*. In: KRAUSE, Lawrence B.; SALANT, Walter S. (Hg.). *European Monetary Unification and its Meaning for the United States*. Washington: Brookings, 1973, S. 11.

<sup>11</sup> SCHOUTHEETE, Philippe (de). *La coopération politique européenne*. Paris-Brüssel: Éditions Lador, 1980, S. 29-30.

<sup>12</sup> BITSCH, Marie-Thérèse. *Histoire de la construction européenne. De 1945 à nos jours*. Brüssel: Éditions Complexe, 2008, S. 178. Um das politische Sekretariat von der Kommission und der NATO abzugrenzen, zog Frankreich darüber hinaus dessen Einrichtung in Paris in Betracht.

<sup>13</sup> BERNARD, Jean-René. *L'élargissement de la Communauté vu de Paris*. In: *Georges Pompidou et l'Europe*. Brüssel: Éditions Complexe, 1993, S. 237-252, Zitat S. 243.

<sup>14</sup> BITSCH, Marie-Thérèse, *Ebenda*, S. 177.

<sup>15</sup> Unmittelbar nach dem negativ verlaufenen Referendum im April 1969 tritt General de Gaulle von seinen Ämtern zurück. Die Wahl am 15. Juni 1969 bringt den ehemaligen Ministerpräsidenten unter General de Gaulle, Georges Pompidou, in das Amt des Präsidenten der Französischen Republik.

<sup>16</sup> Nach der Bundestagswahl am 28. September 1969 wird Willy Brandt am darauffolgenden 21. Oktober zum vierten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Von 1966 bis 1969 war er Außenminister und Vizekanzler in der Regierung von Kurt Georg Kiesinger.

---

<sup>17</sup> Die Haltung Frankreichs führte zu mehreren Krisen, die zur Lähmung des europäischen Integrationsprozesses beitrugen: die Krise des leeren Stuhls in der EWG im Jahr 1965, die französischen Währungsturbulenzen, die Ablehnung des Beitritts des Vereinigten Königreichs zur EWG und die Krise des leeren Stuhls in der Westeuropäischen Union.

<sup>18</sup> BITSCH, Marie-Thérèse. *Le sommet de La Haye. L'initiative française, ses finalités et ses limites*. In: *Revue d'histoire de l'intégration européenne*, Zeitschrift für Geschichte der europäischen Integration, Band 9, Nr. 2, 2004, S. 83-99.

<sup>19</sup> Im Gegenzug muss das Vereinigte Königreich seinen Willen zum Beitritt zum gemeinschaftlichen Europa ehrlich unter Beweis stellen und den gemeinschaftlichen Besitzstand wahren. So setzt der Beitritt des Vereinigten Königreichs die Lösung der folgenden fünf Hauptprobleme voraus: die internationale Rolle des Pfund Sterling, der britische Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt, die Gemeinsame Agrarpolitik, der Austritt aus der Europäischen Freihandelszone (EFTA) und die Zugehörigkeit zum Commonwealth.

<sup>20</sup> Die französische Regierung steht dieser Idee recht ablehnend gegenüber, und Präsident Pompidou schlägt schließlich vor, die Kommission aufzufordern, ihre Sicht gemeinschaftlicher Themen auf einer technischen Arbeitssitzung darzulegen. Auf diese Weise soll die Kommission zufriedengestellt und gleichzeitig in zweiter Reihe gehalten werden. Mit einer diplomatischen Offensive gegenüber den anderen Mitgliedstaaten sichert sich die Kommission ihre Teilnahme am Gipfeltreffen von Den Haag. Siehe: *Die Europäische Kommission (1958-1972) – Geschichte und Erinnerungen einer Institution* (unter der Leitung von Michel Dumoulin), Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2007, S. 138-139.

<sup>21</sup> WILKENS, Andreas. *Une tentative prématurée. L'Allemagne, la France et les balbutiements de l'Europe monétaire*, S. 80-81. In: DU RÉAU, Élisabeth und FRANCK, Robert (Hg.). *Dynamiques européennes. Nouvel espace, nouveaux acteurs: 1969-1981*. Paris: Publications de la Sorbonne, 2002.

<sup>22</sup> MAES, Ivo. *Projets d'intégration européenne à la Commission européenne au tournant des années 1970*. In: BUSSIÈRE, Éric, DUMOULIN, Michel und SCHIRMANN, Sylvain (Hg.). *Milieus économiques et intégration européenne en Europe occidentale au XX<sup>e</sup> siècle. La relance des années quatre-vingts (1979-1992)*. Paris: Comité pour l'Histoire Économique et Financière de la France, 2007, S. 38.

<sup>23</sup> WILKENS, Andreas. *L'Allemagne et le projet d'union économique et monétaire (1969-1972)*. In: BOSSUAT, Gérard und WILKENS, Andreas (Hg.). *Jean Monnet, l'Europe et les chemins de la paix*. Paris: Publications de la Sorbonne, 1999, S. 466-467.

<sup>24</sup> *Ebenda*.

<sup>25</sup> WERNER, Pierre. [Ansprache von Pierre Werner, Staatsminister und Präsident der luxemburgischen Regierung, auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Den Haag am 1. Dezember 1969](#). In: *Dokumentationsbulletin*, Nr. 14 vom 10. Dezember 1969. Luxemburg: Informations- und Pressedienst, Staatsministerium des Großherzogtums Luxemburg, Dezember 1969, S. 3-7. (Dokument eingesehen am 10. Oktober 2012.)

<sup>26</sup> *Ebenda*.

<sup>27</sup> *Ebenda*.

<sup>28</sup> *Ebenda*.

<sup>29</sup> Die aufgrund der Vorbehalte Frankreichs in den Hintergrund und auf die rein fachliche Ebene gedrängte Kommission wird aktiv und erreicht, dass die anderen Mitgliedstaaten ihre Teilnahme am Gipfeltreffen unterstützen. Dort erläutert sie ihre Vorstellungen von der Dreierstrategie „Vollendung – Vertiefung – Erweiterung“ und stellt Überlegungen zur Vollendung der Zollunion durch die Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion an. Siehe: *Die Europäische Kommission (1958-1972) – Geschichte und Erinnerungen einer Institution* (unter der Leitung von Michel Dumoulin), Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2007.

<sup>30</sup> BARRE, Raymond. *Die Aussichten des europäischen Aufbaus nach der Haager Konferenz*. Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 2/1970, S. 9-14, Zitat S. 11.